

Streng vertraulich

24.4.72

Integrationsgespräche in Brüssel

20. April 1972

Zweck des Besuches war, mit dem neuen Kommissionspräsidenten Mansholt Kontakt zu nehmen, der sich anlässlich seiner ersten Pressekonferenz feindselig gegenüber der Schweiz geäußert hatte (kapitalistische Hochburg für internationale Fluchtgelder). Mansholt war sichtlich bestrebt, den Eindruck einer negativen Haltung gegenüber unserem Land zu verwischen. Er bekundete grosses Interesse für den Stand unserer Verhandlungen und die Notwendigkeit eines Abschlusses vor den Sommerferien. Er setzte, im Gegensatz zu seiner Pressekonferenz, die Schweiz und Schweden auf die gleiche Stufe von Ländern, deren Verhältnis zu den EG im Laufe der Jahre enger gestaltet werden müsse. Er zeigte insbesondere grosses Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der mit einer Aktion gegen die Verschmutzung des Rheins einsetzen müsse, an der auch die Schweiz zu beteiligen wäre.

Mansholt scheint das vorgesehene Abkommensmodell nunmehr als taugliche Lösung zu akzeptieren. Als Hindernis für engere Bindungen sieht er in Falle der Schweiz die Praktiken unseres Banksystems; er konnte jedoch seine Behauptung, dieses stehe mit der europäischen Solidarität in Widerspruch, nicht näher begründen. Er gab sogar zu, dass die aufgenommenen Konsultationen zwischen den Notenbankgouverneuren der EG und der Schweizerischen Nationalbank positiv zu bewerten seien.

Botschafter Wurth und ich erhielten den Eindruck, dass Präsident Mansholt den Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EWG keine Hindernisse in den Weg legen wird, sondern dass er sich im Gegenteil für eine zügige Verhandlungsführung einzusetzen gedenkt.

Das Rendez-Vous mit Wellenstein kam nicht zustande, da der Ausschuss der ständigen Vertreter am 20. April eine ganztägige Sitzung über den Kommissionsbericht betreffend die Verhandlungen mit den

- 2 -

Nichtbeitritts-Kandidaten durchführte. Wellenstein telephonierte dem Unterzeichneten jedoch am Abend, um mitzuteilen, dass genügend Fortschritte erzielt worden seien, um in einigen wesentlichen Punkten (Ursprungsfrage) eine Beschlussfassung durch den Ministerrat zu ermöglichen, so dass die Verhandlungen fortgesetzt werden können. Eine weitere Sitzung des Ministerrates im Monat Mai sei daher nicht erforderlich. Im Vordergrund der Diskussion der ständigen Vertreter sei die Landwirtschaftsfrage gestanden. Wellenstein plädierte mir gegenüber eindringlich für einige geringfügige unilaterale Agrarkonzessionen, was ich mit einem Parallelplädoyer für geringfügige EG-Agrarkonzessionen an die Schweiz beantwortete. Wellenstein erklärte sich bereit, unverzüglich nach Abschluss der Ministerkonferenz den weiteren Arbeitsplan für die Verhandlungen mit uns zu diskutieren.

Anlässlich der Bilderberg-Tagung in Knokke vom 21. bis 23. April äusserte sich Deniau in ähnlichem Sinne. Die Landwirtschaftsdebatte sei auf den politischen Druck Italiens zurückzuführen. Eine Stellungnahme des EG-Ministerrates am 24./25. April sei jedoch weder bezüglich der Grundsatzfrage des Ein- oder Ausschlusses der Landwirtschaft noch bezüglich eines weiteren Verhandlungsmandates für die verarbeiteten Nahrungsmittel zu erwarten. Dahrendorf fügte bei, dass eine Lösung der Landwirtschaftsfrage eventuell ausserhalb des Freihandelsabkommens in dem Sinne möglich sein könnte, dass Oesterreich Italien einige Agrarkonzessionen machen würde gegen eine autonome Neuregelung der EG-Einfuhren von österreichischem Rindfleisch.

Im Hause von Botschafter Wurth fand ferner eine erste Begegnung mit dem neuen ständigen Vertreter Frankreichs, Botschafter Burin de Rosier, und seinen engsten Mitarbeitern statt. Burin de Rosier erklärte, Wellenstein habe sich anlässlich der Sitzung der ständigen Vertreter als gewandter und überzeugter Verfechter der Verhandlungswünsche der Nichtbeitritts-Kandidaten erwiesen. Er bestätigte, dass der Ministerrat die nötigen Weisungen für die Fortsetzung der Verhandlungen erteilen werde, ohne jedoch bereits

- 3 -

ein abschliessendes Verhandlungsmandat verabschieden zu können. Bezüglich der Landwirtschaft zeigten sich die Franzosen sehr entspannt und erkundigten sich nach den Verhandlungswünschen der Schweiz betreffend den "volet agricole". Unsere These, dass ein einseitiger "volet agricole" ausgeschlossen sei und man deshalb, falls die EG keine Gegenkonzessionen machen könne, auf den Einschluss der Landwirtschaft verzichten müsse, wurde ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Dagegen erwies sich die französische Haltung mit Bezug auf den neuen Verhandlungsvorschlag der Kommission betreffend verarbeitete Nahrungsmittel als sehr zurückhaltend, wenn nicht ausgesprochen negativ. Die Hauptdiskussion betraf die Uhrenfrage. Wir erhielten den Eindruck, dass die französische Vertretung in Brüssel einlässlich dokumentiert wurde und den Auftrag hat, sich dem vorbehaltlosen Einbezug des gesamten Uhrensektors in den normalen Zollabbau trotz "Swiss Made"-Regelung zu widersetzen. Es bestehen offenbar seitens der französischen Uhrenindustrie dermassen starke Ressentiments gegenüber der schweizerischen Industrie, dass die französische Regierung, selbst wenn dies wirtschaftlich sinnlos ist, auf gewissen Abstrichen bestehen zu müssen glaubt.

Dagegen zeigten unsere französischen Gesprächspartner ein gewisses Verständnis für den schweizerischen Wunsch nach Vorkonsultationen für das Schutzklauselverfahren.

